

erhöhte, während der staatliche Handel nur 101 Prozent erzielte. Es wurde ferner zugelassen, daß trotz des höheren Umsatzes die Einkommensteuer des privaten Einzelhandels nur 101,5 Prozent betrug und die Gewerbesteuer sogar auf 91,3 Prozent zurückging. Das hat seine Ursache darin, daß es in den Parteiorganisationen der dafür verantwortlichen Stellen des Staatsapparates nur eine ungenügende Auseinandersetzung zur Klärung der politischen Grundfragen gegeben hat. Die Voraussetzung für die Verbesserung des Arbeitsstils unserer staatlichen Organe ist aber, daß die sozialistische Perspektive unserer Republik, der Charakter unserer Staatsmacht und die Rolle der Werktätigen bei der Leitung der Wirtschaft in den Köpfen klar sind.

Die Einheit der politischen und ökonomischen Aufgaben wahren

In Verbindung mit der Klärung der politischen Grundfragen müssen unsere Parteiorganisationen die Genossen und die parteilosen Mitarbeiter des Staatsapparates auch zur Verbesserung ihres Arbeitsstils erziehen. Dabei ist von der Einheit der politischen und ökonomischen Aufgaben auszugehen.

Beim Rat des Bezirkes Magdeburg versuchte der ehemalige Sekretär der Betriebsparteiorganisation, diese Einheit zu sprengen. Damit schwächte er die Kampfkraft der Parteiorganisation. Er vertrat die Auffassung, daß die Parteiorganisation keinen Einfluß auf die Lösung der staatlichen Aufgaben zu nehmen habe. Auch andere Mitglieder der Parteileitung teilten seine Meinung. Bei einer solchen Einstellung der Parteileitung wundert es nicht, daß in einigen Kreisen und auf einigen Gebieten der Wirtschaft ein Rückgang des sozialistischen und eine Begünstigung des privatkapitalistischen Sektors eintreten konnte. Mitarbeiter der Abteilung Finanzen duldeten zum Beispiel, daß private Unternehmer im Bezirk Magdeburg die Preis Verordnungen der Regierung ständig mißachteten und sich dadurch ungerechtfertigt bereicherten. Sie fügten unserer Republik so nicht nur politischen, sondern auch ökonomischen Schaden zu. Jetzt hat die Parteiorganisation der Abteilung Finanzen Auseinandersetzungen über diese Fragen geführt und gegen Parteimitglieder, die sich opportunistisch oder revisionistisch verhielten, Parteiverfahren eingeleitet.

Die Trennung der politischen und ökonomischen Aufgaben drückt sich immer in einem formalen, administrativen Arbeitsstil aus. Genossen im Rat des Bezirkes Rostock glaubten zum Beispiel, die Produktion von zusätzlichen Massenbedarfsgütern dadurch zu sichern, daß sie das beschlossene Volumen der Zusatzproduktion in althergebrachter Weise administrativ auf die einzelnen Betriebe aufteilten. Sie handelten dabei beamtenhaft, leisteten keine ideologische Überzeugungsarbeit und erklärten den Werktätigen nicht die politische Bedeutung dieser wichtigen ökonomischen Aufgabe. Die Folge war, daß im I. Quartal 1958 nur 12,7 Prozent des Jahresplanes des Bezirkes für die zusätzlichen Massenbedarfsgüter erreicht wurden. Dieser schlechte Erfüllungsstand war für die Bezirksleitung der Anlaß, mit den Genossen in den Fachorganen des Rates des Bezirkes« Auseinandersetzungen einzuleiten und auf Maßnahmen zur Verbesserung der Planerfüllung zu drängen. Auf dieses Eingreifen der Bezirksleitung ist es vor allem zurückzuführen, daß bis Ende Mai dieses Jahres beträchtliche Rückstände aufgeholt werden konnten. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten rund 32 Prozent der vertraglich gebundenen Massenbedarfsgüter (Fertigerzeugnisse) an den Handel ausgeliefert werden.